

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com

Möbil: 0173 / 644 78 03

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

MÄRKISCHE ALLGEMEINE

- Redaktion -

Postfach 601153

14411 Potsdam

oder E-Mail übersandt über

kontakt@MAZ-online.de

Eichwalde, den 11. März 2019

Io + EG

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Mein Schreiben vom

Beitragsangebot

"Verärgerung, Resignation, Wahlteilnahme-Abstinenz

Wut, Extremisten-Wahl -

Wie die Hight Society Populismus und Extremismus fördert"

Sehr geehrte Damen und Herren Redakteure,

anliegend erhalten Sie den vorged. Beitrag in
Zusammenfassung der aktuellen politischen Situation
und unter Aufzeigung von Handlungsbedarf.

Ich hoffe auf eine baldige Veröffentlichung,
beispielsweise in der Sonntagsausgabe.

Mit Dank für Ihre Mühe sowie

mit freundlichen Grüßen

- Dr.G.Briese -

A n l a g e

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthesen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweremaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Mitteberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Experte mit Untersuchungen zur Systemtolleranzbedeutung von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972,1974 Fichtelpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im DEUTSCHEN RECHTSLEBEN (DR) Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landessozialrates Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Badeltippler
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Feststofftoleranzen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duploplast-Formstoffteile, PLASTIC UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zum Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ort-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISO/TSU-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Scheuf, Zentrallaboratorien für Plastverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straßnitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsmoduls von Duploplastformteilen aus Abmaß-Büßelgüte-Verteilungen, Eröffnungswort der Sektion Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen Fachtagungen PLASTPRÄZIS der Konner der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjährigen Planes der Sowjetunion im Rahmen des Praxistoleranzverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsumfassung in FEINERANFABRIK 29(1980) B.A. S.182
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Monarchischen Scheitler über KEISER FORUM an Zentralen Rat der Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Büßung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (sechs Wochenlöhne) an die Opposition-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoeinkommensteuers (BE) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2005-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Interkontinentalen Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EULENWAJDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, BOHLEN SCHWALBENSCHUTZ UND NACHHILFENBEI in der Bürger-Initiative NUTZEN Anlieger BER
- In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERPRESSENGENOSSENSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-2.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-ev.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Verärgerung, Resignation, Wahlteilnahme-Abstinenz, Wut, Extremisten-Wahl
- wie die Hight Society Populismus und Extremismus fördert

Nun erinnert also eine Gruppe von Theologen und DDR-Bürgerrechtlern an den "Aufruf an die Ökumenische Versammlung der DDR im April 1989 zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" in Unterstützung eines Aufrufes von 74 Organisationen an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit dem Titel "Rettet das Friedensprojekt Europa" /1/!

Und sie bemerken: "Inzwischen fragen sich immer mehr Menschen in den neuen Bundesländern, ob ihre Einwanderung in den neoliberalen Kapitalismus der Bundesrepublik das Ziel dieser gewaltfreien Revolution gewesen sein kann." Und sie meinen, das Fazit zur deutschen Vereinigung fiele freundlicher aus, ginge sie mit wirklicher Chancengleichheit und Partizipation einher.

Sieht man sich soziologische Deutschlandkarten an, ist dies aber eindeutig nicht der Fall - die aktuelle soziale Grenze verläuft genau dort, wo sich zu DDR-Zeiten eine mit Mauer und Stacheldraht gesicherte Grenze befand. Die staatliche Teilung Deutschlands hat sich lediglich in eine soziale Teilung verwandelt !

Und obwohl die von Lehmann Brothers eingeläutete Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise gemäß der EZB-Null-Zins-Politik und Staatsschuldenpapier-Aufkauf noch immer nicht beendet ist, wurde an der gescheiterten neoliberalen Finanzpolitik festgehalten und selbst weniger reglementiert als in den USA.

Die Staatsschuldenkrise wurde noch befördert durch den Zusammenschluß von Volkswirtschaften in der €-Zone, deren Bruttosozialprodukt (BSP) sich im Verhältnis bis etwa 1:30 befindet und weniger effektive Volkswirtschaften durch Währungs-Abwertungs-Entfall geradezu stranguliert und deren Bürger in die Armut treibt, wie in Griechenland.

Dabei hätte man diese Entwicklung durch den Verlauf nationaler Währungen zum €-Vorläufer Ecu durchaus voraussehen können !

Fehlte der Hight Society da der Durchblick oder nahm sie die Nöte einfacher Bürger nicht wahr ?

Eine Erklärung hierfür hat der Elitenforscher Prof. Michael Hartmann, TU Darmstadt, gefunden : In der Wirtschaft stammen 4 von 5 Spitzenvertretern aus den oberen 4 % der Bevölkerung /2/ ! Und am Ende der 1. Regierung Merkel stammten mehr als 2/3 der Spitzenpolitiker aus den oberen 4%, z.Z. gut die Hälfte. Die Eliten haben sich deutlich weiter vom Bürger entfernt !

Und Hoffmann führt dazu aus :

"Der Rechtspopulismus verdankt seine Aufschwung ganz eindeutig der neoliberalen Politik, die von den Eliten in den letzten Jahrzehnten betrieben wurde, ... Vor allem die Einkommensverluste in der unteren Hälfte der Bevölkerung bei gleichzeitig massivem Einkommenszuwachs am oberen Ende haben den Boden für seine Ausweitung bereitet. Das schürt Angst und Wut."

Aber alle Versuche, gegen den Neoliberalismus vorzugehen, werden durch juristische und finanzielle Fallstricke zu Fall gebracht, wie durch das aktuelle Urteil gegen Attac /3/ und durch die Nichtgewährung der Sammelklage-Befugnis und das beabsichtigte Entziehen der Gemeinnützigkeit gegen die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH). Und daß Bürger ostdeutscher Sozialisation die Interessen ihrer Mitbürger in Führungsringen angemessen vertreten können, ist auch nicht gegeben, denn solche Führungskräfte sind eine Rarität. Und bei der Vertretung ostdeutscher Interessen vor Gericht hapert es oftmals nicht nur an den finanziellen Möglichkeiten, sondern auch an jahrelangen Prozeßdauern aufgrund nun schon langjähriger Überlastung der Justiz, an deren Spitze ebenfalls Bürger ostdeutscher Sozialisation vergeblich gesucht werden.

Kein Wunder also, daß sich besonders in den neuen Bundesländern die politische Auseinandersetzung immer mehr auf die Straße verlagert, weil die Politik die Sorgen und Nöte einfacher Bürger nicht wahrnehmen kann oder will, so daß sich Enttäuschung und Frust über die reale Ausbildung der Demokratie breit macht, z.B. die Enteignung von Wohnungskonzernen gefordert wird und junge Bürger sich zu 25% bereits eine autoritäre Regierung wünschen /6/, damit endlich mal "Ordnung in den Laden kommt", denn die Eliten verstoßen selbst jahrelang zum Schaden der Bürger gegen von ihnen selbst beschlossenes Recht, wie der BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex offenbart /7/.

Aber selbst Schüler sind schon in der Lage wahrzunehmen, wenn es wegen zu hoher Mieten am Notwendigsten zum Leben fehlt und dadurch ihre Eltern erkranken, aber aus Furcht vor Entlassung krank zur Arbeit gehen. Und wenn sie dann deshalb doch im Krankenhaus landen und sich dort wegen Nachlässigkeiten aufgrund des auch dort existenten Leistungsdrucks mit resistenten Keimen infizieren, ist oftmals die Heilung akut gefährdet, weil sich immer mehr Pharma-Unternehmen aus der Entwicklung von Antibiotika verabschieden, denn da diese nicht dauernd eingenommen werden, gelten sie als "unwirtschaftlich" /9/. Und wenn der Patient dann doch noch mit gebessertem Gesundheitszustand entlassen werden kann und er physio -

therapeutische Behandlung benötigt, hat er erneut Schwierigkeiten, weil es zu wenige Therapeuten gibt, denn deren Vergütung ist viel zu niedrig, obwohl sie zuvor oft fünfstellige Beträge in ihre Ausbildung investieren müssen, die sich dadurch kaum amortisieren,

So wird der Bürger nicht nur in seinem Arbeitsbereich, sondern dazu auch in allen existentiellen Lebensbereichen zum homo oeconomicus herabgewürdigt, und selbst Art.2 Abs.2 GG zum Schutz von Leben und Gesundheit bleibt eine leere Worthülse !

Wenn hier der Staat nicht endlich ersichtlich problemlösend eingreift, sind Zukunftsängste der Bürger, besonders aber der Jugend, nur allzu verständliche Folgen, denn diese Sachverhalte kennen sie vielfach aus ihrem Alltag, während sie dem dafür verantwortlichen Establishment infolge seiner überwiegend elitären Sozialisierung verborgen bleiben oder als nicht wichtig erachtet werden.

Wenn aber derartige Grundsatzprobleme im Deutschen Bundestag nicht aufgegriffen und einer Lösung zugeführt, sondern nur zerredet werden, braucht man sich nicht zu wundern, wenn dies ein schon beachtlicher Teil der Jugend als Versagen der Demokratie wertet und sich deshalb eine autoritäre Staatsführung wünscht.

Es sind die Betagten, die immer noch versuchen, durch sachliche Argumente einen politischen Wechsel zu bewirken - aber sie werden eines Tages nicht mehr präsent sein, und dann werden überwiegend im Neoliberalismus sozialisierte Jüngere das Heft in die Hand nehmen.

Helfen können also keine Ermahnungen und Abmahnungen an Bürger zum Wohlverhalten, sondern nur echte Problemlösungen, welche erst gar keinen Unmut aufkommen lassen.

EU-weit aber steht der Fokus auf Nationalismus oder europäische Gemeinsamkeit - aber letztere erfordert viele Finanzmittel, die z.B. zwar durch restriktive Maßnahmen gegen den Neoliberalismus wie eine angemessene hohe Finanztransaktionssteuer beschaffbar wären, aber in den aktuellen Vorschlägen von Präsident Macron /8/ wohl noch nicht definitiv enthalten sind und auch der derzeitigen politischen Zielrichtung widersprechen. So hilft wohl nur noch beten, es möge sich alles zum Guten wenden.

Dr. Günter Briese, Eichwalde

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s :

- /1/ Aufruf von Theologen und Bürgerrechtlern,
PublikForum Nr.5 vom 8.März 2019, S.62

- /2/ Sie schotten sich immer mehr ab. Führungskräfte in Politik und
Wirtschaft entfernen sich zunehmend von der Bevölkerung. Wie
dies zum Erstarren des Rechtspopulismus beiträgt, erläutert
Elitenforscher Michael Hartmann,
PublikForum Nr.5 vom 8.März 2019, S. 22 / 23

- /3/ Was bedeutet das Urteil gegen Attac ? Fragen an Stefan Diefenbach-
Trommer, Vorstand der Allianz "Rechtssicherheit für politische
Willensbildung",
PublikForum Nr.5 vom 8.März 2019, S.9

- /4/ Überlastung der Justiz. Vertrauen in Gerichte geht verloren -
Pakt für den Rechtsstaat,
MAZ 7.März 2019, S.18

- /5/ Wohnungskonzerne enteignen. Wohnen wird immer teurer -- und damit
vor allem für Geringverdiener unbezahlbar. Auch die Mietpreisbremse
zeigt bislang kaum Wirkung. In Berlin fordert nun eine Initiative
große Wohnungskonzerne zu enteignen. Ist das eine sinnvolle politi-
sche Lösung ? ... ,
PublikForum Nr.5 vom 8.März 2019, S.8

- /6/ Starke Führer in den Köpfen. Ein Viertel der Deutschen zwischen 18
und 29 für autoritäre Regierung,
PublikForum Nr.5 vom 8.März 2019, S.25

- /7/ <http://berlin-brandenburg-21.de>

- /8/ Europa ist in Gefahr wie nie ... ,
MAZ 6.März 2019, S.2 / 3

- /9/ Die Killer aus der Klinik. Sie sind eine der größten Bedrohungen
des 21.Jahrhunderts. Immer mehr Erreger reagieren nicht auf Anti-
biotika ... , MAZ 9./10.März 2019, S. 2 / 3

Verfasser : Dr.Günter Briese, Stubenrauchstr.71,
15732 Eichwalde,
Tel.: 0173.6447603
drgbriese@gmail.com

Eichwalde, am 11.März 2019

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Günter Briese', written in a cursive style.

- Dr. Günter Briese -